

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Wirtschaftsausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 04.06.2026, 15:00 Uhr
Raum, Ort:	Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.02.2026
3. Mitteilungen
- 3.1. Bericht der Braunschweig Stadtmarketing GmbH zum Thema **26-29086**
Abfallvermeidung und Mehrweg auf dem Braunschweiger
Weihnachtsmarkt
- 3.2. Präsentation der Braunschweig Stadtmarketing GmbH zum Tag der **26-29085**
Niedersachsen
- 3.3. Ergebnisse des Startup Monitor 2026 und Einordnung der **26-29087**
Aktivitäten der Wirtschaftsförderung zur Startup-Förderung in
Braunschweig
4. Anträge
- 4.1. Interkommunales Gewerbegebiet Braunschweig/Salzgitter **26-29068**
vorantreiben – Wachstum, Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven
für unsere Region schaffen
- 4.2. Sofortmaßnahme zur Unterstützung baustellenbetreffener **26-29062**
Unternehmen
5. Anfragen
- 5.1. Angekündigter Stellenabbau bei einem Stück Braunschweiger **26-29052**
Industriegeschichte - wie geht es weiter bei der Bühler AG (ehemals
MIAG)?
- 5.2. Wirtschaftliche Lage von Unternehmen und Gastronomie im Umfeld **26-29063**
aktueller Baustellen

Braunschweig, den 28.05.2026

*Betreff:***Bericht der Braunschweig Stadtmarketing GmbH zum Thema
Abfallvermeidung und Mehrweg auf dem Braunschweiger Weihnachtsmarkt***Organisationseinheit:*Dezernat III
0800 Stabsstelle Wirtschaft*Datum:*

27.05.2026

Beratungsfolge:

Wirtschaftsausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

04.06.2026

Status

Ö

Sachverhalt:

Anlass für den Bericht ist der Abschluss des Projekts „Müllfreie Weihnachtsmärkte“ der Umsetzungsallianz „Mehrweg.Einfach.Machen“ gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag. Ziel des Projekts war es, anhand kommunaler Beispiele zu untersuchen, wie Weihnachtsmärkte Abfälle vermeiden und Mehrwegsysteme praxistauglich einsetzen können. Der Projektbericht zeigt dabei deutlich, dass es keine einheitliche Musterlösung für alle Märkte gibt.

Für den Braunschweiger Weihnachtsmarkt kann festgehalten werden, dass das Thema Abfallvermeidung und Mehrweg bereits seit mehreren Jahren konsequent berücksichtigt wird und im Marktgeschehen fest etabliert ist. Der Weihnachtsmarkt ist aus Sicht der Braunschweig Stadtmarketing GmbH (BSM) im bundesweiten Vergleich bereits gut aufgestellt und erfüllt zentrale Anforderungen, die auch im aktuellen Projektbericht hervorgehoben werden.

Bereits seit 2019 dürfen Getränke auf dem Braunschweiger Weihnachtsmarkt ausschließlich über Mehrwegsysteme ausgeschenkt werden. Alle reinen Ausschankbetriebe sowie die gastronomischen Anbieter mit Getränkeausgabe nutzen daher Gläser oder Tassen im Mehrweg.

Auch im Bereich der Speisenausgabe wird das Thema Abfallvermeidung umfassend berücksichtigt. Für den Weihnachtsmarkt 2026 sind insgesamt 40 gastronomische Stände im Bereich Imbiss/Ausschank sowie 29 Stände im Bereich Süß- und Backwaren vorgesehen. Die Auswertung zeigt, dass im klassischen Imbissbereich bereits rund 80 Prozent der Speisen auf Geschirr mit Besteck ausgegeben werden. Die verbleibenden 20 Prozent entfallen auf Produkte, bei denen aus praktischen und hygienischen Gründen überwiegend unbeschichtete Pappschalen oder Pappteller eingesetzt werden, beispielsweise bei Bratwurstangeboten.

Im Bereich Süß- und Backwaren zeigt sich ein differenzierteres Bild. Hier werden 16 Prozent der Produkte auf Geschirr mit Besteck ausgegeben, 37 Prozent auf unbeschichteten Papptellern oder Schalen und 47 Prozent mit Minimalverpackungen wie Papiertüten oder Servietten. Dabei handelt es sich häufig um Produkte wie Churros, Mandeln, Brezeln oder Crêpes, bei denen eine aufwendige Geschirrlösung aus Sicht der Praktikabilität und Ressourcenschonung nicht immer sinnvoll ist.

Der Projektbericht des Deutschen Städtetags weist ausdrücklich darauf hin, dass erfolgreiche Mehrwegkonzepte immer an die örtlichen Rahmenbedingungen angepasst werden müssen und neben der reinen Vermeidung von Einwegmaterialien auch Fragen der

Infrastruktur, Reinigung, Logistik und personellen Ressourcen berücksichtigt werden müssen. Als zentrale Erfolgsfaktoren werden insbesondere praktikable Lösungen, funktionierende Rückgabesysteme, ausreichend Personal sowie eine gute Kommunikation mit den Beschickern genannt.

Vor diesem Hintergrund verfolgt die BSM einen pragmatischen und ressourcenschonenden Ansatz. Besonders bei klassischen Imbiss- und Süßwarenangeboten wird bewusst auf reduzierte Verpackungslösungen gesetzt, etwa auf die Ausgabe im Brötchen, auf Servietten oder in recyclingfähigen, möglichst unbeschichteten Pappschalen. Dabei wird neben der Müllvermeidung auch der zusätzliche Ressourcen- und Energieaufwand durch Spülprozesse, Wasserverbrauch, Transport und Logistik berücksichtigt.

Eine zentrale Spülstation, wie sie teilweise auf sehr großen Veranstaltungsflächen anderer Städte eingesetzt wird, ist auf dem Braunschweiger Weihnachtsmarkt derzeit nicht vorgesehen. Der Projektbericht zeigt, dass solche Systeme insbesondere dort sinnvoll sind, wo ausreichend Flächenkapazitäten und entsprechende Infrastruktur vorhanden sind. Für die räumlichen Gegebenheiten in der Braunschweiger Innenstadt wäre ein solches System nur mit erheblichem zusätzlichem Platzbedarf sowie zusätzlicher Logistik umsetzbar. Zudem verfügen viele Beschicker bereits heute über eigene Spüllösungen und individuell angeschafftes Mehrweggeschirr.

Insgesamt zeigt sich, dass der Braunschweiger Weihnachtsmarkt beim Thema Mehrweg und Abfallvermeidung bereits viele Maßnahmen umgesetzt hat, die aktuell bundesweit als Best Practice diskutiert werden. Gleichzeitig wird das Thema kontinuierlich weiterentwickelt und bei neuen Standkonzepten sowie Neuvergaben von Standplätzen im Rahmen des Bewerbungsverfahrens abgefragt und fortlaufend berücksichtigt.

Leppa

Anlage/n:

keine

Betreff:

Präsentation der Braunschweig Stadtmarketing GmbH zum Tag der Niedersachsen

Organisationseinheit:

Dezernat III
0800 Stabsstelle Wirtschaft

Datum:

27.05.2026

Beratungsfolge:

Wirtschaftsausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

04.06.2026

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Verwaltung stellt unter Einbindung der Braunschweig Stadtmarketing GmbH dem Wirtschaftsausschuss den aktuellen Sachstand der Planungen zum „Tag der Niedersachsen 2026“, der im Zeitraum vom 12. bis zum 14. Juni 2026 in Braunschweig stattfindet, in Form einer Präsentation vor. Die Folien werden den Ausschussmitgliedern im Nachgang zur Verfügung gestellt.

Leppa

Anlage/n:

keine

*Betreff:***Ergebnisse des Startup Monitor 2026 und Einordnung der Aktivitäten der Wirtschaftsförderung zur Startup-Förderung in Braunschweig***Organisationseinheit:*Dezernat III
0800 Stabsstelle Wirtschaft*Datum:*

27.05.2026

Beratungsfolge:

Wirtschaftsausschuss (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

04.06.2026

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Braunschweig Zukunft GmbH stellt dem Wirtschaftsausschuss die Ergebnisse des am 19.05.2026 veröffentlichten "Niedersachsen Startup Monitor 2026" in Form einer Präsentation vor. Dabei werden insbesondere die Implikationen für die Stadt Braunschweig hervorgehoben sowie eine Einordnung der Aktivitäten der Wirtschaftsförderung in der Startup-Förderung vorgenommen. Die Folien werden den Ausschussmitgliedern im Nachgang zur Verfügung gestellt.

Anlage/n:

keine

Betreff:
**Interkommunales Gewerbegebiet Braunschweig/Salzgitter vorantreiben –
Wachstum, Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven für unsere Region
schaffen**

Empfänger:
Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:
22.05.2026

<i>Beratungsfolge:</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Wirtschaftsausschuss (Vorberatung)	04.06.2026	Ö
Ausschuss für Planung und Hochbau (Vorberatung)	10.06.2026	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	17.06.2026	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	30.06.2026	Ö

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Stadt Salzgitter ein Interkommunales Gewerbegebiet zu errichten und hierbei die bereits fortgeschrittenen Planungen aus den Jahren 2017ff. zu Grunde zu legen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat bis zum Ende des ersten Quartals 2027 einen umfassenden Sachstandsbericht zum geplanten Interkommunalen Gewerbegebiet Braunschweig/Salzgitter vorzulegen. Dieser soll insbesondere enthalten:
 - o den aktuellen Planungs- und Abstimmungsstand mit der Stadt Salzgitter sowie weiteren Beteiligten,
 - o mögliche Flächenkulissen und Entwicklungsoptionen,
 - o die verkehrliche Anbindung,
 - o die zu erwartenden wirtschaftlichen Potenziale,
 - o Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Gewerbesteuerereinnahmen und regionale Wertschöpfung,
 - o einen Zeit- und Maßnahmenplan zur Realisierung.
3. Ziel des Projektes soll insbesondere die Ansiedlung von Unternehmen aus den Bereichen Industrie, Hightech, Verteidigung und Sicherheit (Rüstung), Luft- und Raumfahrt, Forschung und Entwicklung, Mobilität und neue Technologien sein. Im Rahmen eines Gewerbeparks soll hierbei ausreichend Raum für Start-ups vorgesehen werden.
4. Die Verwaltung wird gebeten, frühzeitig Gespräche mit dem Land Niedersachsen, regionalen Wirtschaftsförderern sowie potenziellen Investoren aufzunehmen, um Fördermöglichkeiten und Unterstützungspotenziale zu identifizieren.

Sachverhalt:

Unsere Wirtschaftsregion Braunschweig steht vor tiefgreifenden strukturellen Herausforderungen. Insbesondere die Transformation der Automobilindustrie im Allgemeinen sowie die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung bei Volkswagen im Speziellen machen deutlich, dass unsere Region neue industrielle Perspektiven, zusätzliche Arbeitsplätze und weitere Wertschöpfung benötigt.

Braunschweig als Oberzentrum muss hierbei eine aktive Rolle übernehmen. Moderne Gewerbe- und Industrieflächen sind ein entscheidender Standortfaktor im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen, Forschungseinrichtungen und Zukunftsinvestitionen. Gleichzeitig fehlen in Braunschweig seit Jahren größere zusammenhängende und kurzfristig verfügbare Gewerbeflächen.

Ein interkommunales Gewerbegebiet gemeinsam mit der Stadt Salzgitter bietet die Chance, regionale Kräfte zu bündeln und im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsregionen deutlich sichtbarer zu werden. Interkommunale Gewerbegebiete gelten bundesweit als bewährtes Instrument zur gemeinsamen Flächenentwicklung, Vermarktung und wirtschaftlichen Kooperation. Deshalb bleibt die im Jahr 2017 begonnene Initiative nach wie vor richtig und sollte - nach einer Anpassung an die heutigen Verhältnisse - weiterverfolgt werden. Der Rat der Stadt Braunschweig hat in den Jahren 2017 und 2018 mehrfach, intensiv und sicherlich auch kontrovers diskutiert. Am Ende erfolgte der Beschluss der Vorlage „Machbarkeitsstudie Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig-Salgitter“ (DS.-Nr. 18-08158) in der Ratssitzung am 12. Juni 2018 mit breiter Mehrheit. Erwähnenswert ist auch die im Jahr 2017 beschlossene Resolution („Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Bedingen der Städte Braunschweig und Salzgitter weiterentwickeln“, DS.-Nr. 17-04588), deren inhaltliche Punkte besitzen nach Ansicht der Antragsteller weiterhin Gültigkeit.

Dass die Verwaltung der Stadt Braunschweig dieses Projekt weiterhin für sinnvoll erachtet, zeigt nicht zuletzt die erst kürzlich beschlossene Stellungnahme zum Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms („Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) - Stellungnahme der Stadt Braunschweig“, DS.-Nr. 26-28612, mit breiter Mehrheit beschlossen in der Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau am 29. April dieses Jahres). Darin fordert die Verwaltung u.a. „die Aufnahme der im KOREG dargestellten Flächen des interkommunalen Gewerbegebietes Braunschweig-Salgitter (InGe BS-SZ) als „Vorranggebiet Industrielle Anlagen und Gewerbe“ gemäß der in der Vorlage beschriebenen Rahmbedingungen. Darüber Konrad wird im weiteren Text ausgeführt, dass es „sich beim InGe BS-SZ um ein überregional bedeutsames Industrie- und Gewerbeflächenpotenzial“ handelt.

Gerade für großflächige Industrieansiedlungen, technologieorientierte Unternehmen sowie sicherheits- und verteidigungsrelevante Branchen benötigt unsere Region attraktive und leistungsfähige Flächenangebote mit guter Verkehrsanbindung. Gleichzeitig müssen wir unseren vorhandenen Start-ups endlich den erforderlichen Raum geben, sie mit etablierten Unternehmen vernetzen und zugleich mit vergünstigten Mieten unterstützen.

Darüber hinaus kann ein solches Projekt dazu beitragen:

- neue hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen,
- die wirtschaftliche Resilienz der Region zu stärken,
- Gewerbesteuererinnahmen langfristig zu sichern,
- Forschung und Industrie enger zu vernetzen,
- die Abhängigkeit von einzelnen Branchen zu reduzieren.

Die Stadt Braunschweig sollte deshalb gemeinsam mit ihren Partnern eine aktive und führende Rolle bei der Entwicklung dieses interkommunalen Gewerbegebietes übernehmen.

Anlage/n:
keine

Absender:

Gruppe BIBS/Robert Glogowski im Rat der Stadt
Robert Glogowski

TOP 4.2
26-29062
Antrag
(öffentlich)

Betreff:

Sofortmaßnahme zur Unterstützung baustellenbetroffener Unternehmen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

22.05.2026

Beratungsfolge:

Wirtschaftsausschuss (Vorberatung)
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

Sitzungstermin

04.06.2026
17.06.2026
30.06.2026

Status

Ö
N
Ö

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Baustellenfonds der Stadt Braunschweig unverzüglich wieder einzuführen und ein entsprechendes Förderkonzept vorzulegen.
2. Zur Überbrückung bis zur formellen Einrichtung des Fonds werden sofortige Soforthilfen für nachweislich durch Baustellen geschädigte Unternehmen, Gastronomiebetriebe und Einzelhandelsgeschäfte bereitgestellt.
3. Die Verwaltung wird gebeten, die Antragsvoraussetzungen, Förderhöhen und das Antragsverfahren transparent, unbürokratisch und für die betroffenen Betriebe niedrigschwellig zu gestalten.
4. Für den Baustellenfonds werden im laufenden Haushalt entsprechende Mittel bereitgestellt bzw. eine überplanmäßige Ausgabe durch den Rat der Stadt Braunschweig genehmigt.

Sachverhalt:

Die Stadt Braunschweig verfügt über eine Vielzahl gleichzeitig laufender Baustellen, die erhebliche Einschränkungen für Erreichbarkeit, Kundenfrequenz und wirtschaftliche Aktivität in innenstadtnahen Bereichen verursachen. Betroffen sind insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, Einzelhandelsgeschäfte und Gastronomiebetriebe, die in besonderer Weise auf Laufkundschaft und eine uneingeschränkte Zugänglichkeit angewiesen sind.

Der in der Vergangenheit bestehende Baustellenfonds der Stadt Braunschweig war ein Instrument um wirtschaftliche Härten abzufedern und die Existenz von Betrieben zu sichern. Die IHK und die Handwerkskammer verwiesen auf Braunschweig als „erfolgreiches Praxisbeispiel“ – das Braunschweiger Modell war so überzeugend, dass andere Kommunen es aktiv nachgefragt haben. Die Einstellung des Baustellenfonds hat eine Schutzlücke hinterlassen, die sich nunmehr in einer Welle von Umsatzeinbrüchen, Betriebsaufgaben und wirtschaftlichem Strukturverlust in betroffenen Stadtquartieren niederschlägt.

Die Situation ist aus mehreren Gründen dringend:

Betroffene Betriebe erleiden teils existenzbedrohende Umsatzrückgänge ohne eigenes Verschulden. Baustellen dauern häufig Monate oder Jahre – ein Zeitraum, der für viele Unternehmen ohne Unterstützung nicht überbrückbar ist. Der Verlust auch kleiner etablierter

Unternehmen bedeutet auch den Verlust von Arbeitsplätzen, Ausbildungsplätzen und lebendiger Stadtstruktur.

Die Wiedereinführung des Baustellenfonds ist keine freiwillige Mehrleistung, sondern eine gesamtstädtische Verantwortung gegenüber denjenigen Unternehmen, die durch öffentliche Baumaßnahmen in ihrer wirtschaftlichen Existenz beeinträchtigt werden.

Anlage/n:

keine

Betreff:
**Angekündigter Stellenabbau bei einem Stück Braunschweiger
Industriegeschichte - wie geht es weiter bei der Bühler AG (ehemals MIAG)?**

Empfänger:
Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:
21.05.2026

Beratungsfolge:	Sitzungstermin	Status
Wirtschaftsausschuss (zur Beantwortung)	04.06.2026	Ö

Sachverhalt:

Am 1. Januar 1895 wurde die Braunschweigische Mühlenbauanstalt Amme, Giesecke & Konegen gegründet – die MIAG. In ihrer Blütezeit war sie zeitweise das größte Industrieunternehmen Braunschweigs und prägte den industriellen Aufschwung unserer Stadt maßgeblich. Im Jahr 1972 wurde die MIAG von der Schweizer Bühler AG übernommen. Unter deren Führung werden aktuell Maschinen und Komponenten für die Nahrungs- und Futtermittelindustrie am Standort Braunschweig produziert.

Vor einigen Tagen hat die Bühler AG angekündigt, die Produktion in Braunschweig einstellen zu wollen; Ingenieurs- und Servicedienstleistungen könnten erhalten bleiben und eventuell sogar ausgebaut werden. Dennoch ginge eine Produktionseinstellung mit dem Verlust von rund 200 der aktuell 400 Arbeitsplätze einher. Dem Maschinenbaustandort Braunschweig droht mit dem Verlust der industriellen Produktion daher ein erheblicher Einschnitt, der auch eine historisch bedeutende industrielle Tradition betrifft.

Die SPD-Ratsfraktion steht solidarisch an der Seite der Beschäftigten der Bühler AG (ehemals MIAG) und ihrer Gewerkschaft, der IG Metall. Auch in weltweit wirtschaftlich angespannten Zeiten ist eine derart einschneidende Entscheidung schwer nachzuvollziehen, zumal die Produktion offenbar im europäischen Ausland aufgefangen werden soll – ganz offensichtlich, um Kosten zu sparen.

Zu begrüßen ist, dass Oberbürgermeister Dr. Thorsten Kornblum bereits die Bedeutung des Standorts für die Stadt Braunschweig betont und damit ebenfalls ein wichtiges Zeichen für die anstehenden Verhandlungen zwischen Unternehmensführung und IG Metall gesetzt hat. Immerhin verfügt Braunschweig mit der Deutschen Müllerschule Braunschweig (DMSB) außerdem über die bundesweit einzige, modern ausgerüstete, grundlagenorientierte und praxisnahe Fachschule in der Fachrichtung Mühlenbau, Getreide- und Futtermitteltechnik.

Vor diesem Hintergrund fragt die SPD-Fraktion an:

1. Welche Möglichkeiten besitzen die Verwaltung der Stadt Braunschweig und ihre Wirtschaftsförderung, die Braunschweig Zukunft GmbH, die von dem angekündigten Personalabbau betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu unterstützen?
2. Welche Schritte planen die Verwaltung und die Braunschweig Zukunft GmbH in diesem Zusammenhang als Nächstes?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Verwaltung zu der in der Braunschweiger Zeitung vom 20. Mai 2026 geäußerten Vermutung vor, dass das seit 1972 bestehende historische

Firmengelände in der Ernst-Amme-Straße infolge des Personalabbaus zugunsten eines kleineren Standorts aufgegeben werden könnte?

Gez. Christoph Bratmann

Anlage/n:
keine

Absender:
Robert Glogowski
Gruppe BIBS/Robert Glogowski im Rat der Stadt

TOP 5.2
26-29063
Anfrage
(öffentlich)

Betreff:
Wirtschaftliche Lage von Unternehmen und Gastronomie im Umfeld aktueller Baustellen

Empfänger:
Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:
22.05.2026

Beratungsfolge:	Sitzungstermin	Status
Wirtschaftsausschuss (zur Beantwortung)	04.06.2026	Ö

Sachverhalt:

Die Stadt Braunschweig investiert im Jahr 2026 mehr als 101,7 Millionen Euro in Tiefbaumaßnahmen im Stadtgebiet. Das ist ein wichtiges Signal für die Infrastruktur der Stadt. Gleichzeitig bedeutet es: Zahlreiche Straßen, Plätze und Zufahrten sind über Monate oder Jahre eingeschränkt, gesperrt oder schwer erreichbar – mit direkten Folgen für Unternehmen, Gastronomie und Einzelhandel, die auf Laufkundschaft und Erreichbarkeit existenziell angewiesen sind.

Die Situation an den aktuellen Hauptbaustellen ist konkret und dokumentiert:

Hagenmarkt (seit August 2025, Fertigstellung voraussichtlich Ende 2026)

Seit fast einem Jahr prägen Bagger, Absperrgitter und aufgerissene Fahrbahnen einen der zentralen Plätze der Innenstadt. Der Bohlweg war mehrfach vollgesperrt. Berichte aus der Presse belegen, dass ansässige Gastronomiebetriebe unter massiven Umsatzeinbrüchen und ausbleibender Laufkundschaft leiden – konkret genannt wird das Restaurant „India House“ mit leeren Tischen seit Baubeginn.

Bültenweg (seit März 2025, Fertigstellung Anfang 2027)

Die Vollsperrung zwischen Nordstraße und Gotenweg dauert an. Anliegende Betriebe – darunter Supermärkte, Tankstellen und Kfz-Betriebe – sind nur einspurig aus einer Richtung erreichbar. Die Bauzeit erstreckt sich über fast zwei Jahre.

Helmstedter Straße (seit Sommer 2026, Fertigstellung voraussichtlich Sommer 2026)

Vollsperrung zwischen Museumsstraße und Kastanienallee in beiden Richtungen. Diese Baustelle hat nach Presseberichten bereits das Aus eines Ladens verursacht, der Ende 2025 aufgab.

Seit dem 01. Januar 2025 steht kein Baustellenfonds mehr zur Verfügung. Die betroffenen Betriebe tragen die wirtschaftlichen Folgen dieser Baustellen damit vollständig allein. Der Anfrager bittet die Verwaltung um Auskunft zu den nachfolgenden Fragen.

FRAGEN AN DIE VERWALTUNG

1. Wie viele Gewerbebetriebe, Gastronomiebetriebe und Einzelhandelsgeschäfte sind im direkten Umfeld der laufenden Tiefbaumaßnahmen – insbesondere Hagenmarkt, Bültenweg und Helmstedter Straße – von Umsatzeinbrüchen oder Erreichbarkeitseinschränkungen

betroffen? Bitte nach direkter (bis 100 m) und mittelbarer Betroffenheit aufschlüsseln.

2. Wie viele Betriebe im Umfeld dieser Baustellen haben seit Baubeginn ihr Gewerbe abgemeldet, ihren Betrieb eingestellt oder Insolvenz angemeldet?

3. Welche konkreten Unterstützungsmaßnahmen hat die Verwaltung seit Einstellung des Baustellenfonds zum 01. Januar 2025 für die betroffenen Betriebe ergriffen?

Anlage/n:

keine